

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 01.06.2016	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt	Bezeichnung der Vorlage:		Datum:
Vorlage-Nr: VO/3631/16	Antrag der FDP-Fraktion gem. § 20 der Geschäftsordnung des Rates vom 13.05.2016; hier: "Formerfordernisse zur Einbringung von Anfragen und Anträgen"		Bürgermeister:
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	14.06.2016	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Die FDP-Fraktion hat mit Datum vom 13.05.2016 den nachfolgenden Antrag gem. § 20 der Geschäftsordnung des Rates gestellt:

„Formerfordernisse zur Einbringung von Anfragen und Anträgen“

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, den Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Anlage:

- Formerfordernisse Anträge und Anfragen

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten	Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
Lambertz Leiter Büro des Bürgermeisters	



FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Wegberg
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

02434/91722
fraktion@fdp-wegberg.de
www.fdp-wegberg.de

Stadt Wegberg
Der Bürgermeister
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

13. Mai 2016

Antrag nach § 20 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wegberg
Formerfordernisse zur Einbringung von Anfragen und Anträgen

Sehr geehrter Herr Stock,

gemäß Schreiben vom 24.02.2016 weisen Sie auf die Einhaltung der Geschäftsordnung § 20 Satz 1 bzw. § 21 Absatz 1 hin. Diese Regelung sieht die Einreichung von Anträgen und Anfragen von Fraktionen und Ratsmitgliedern in Schriftform vor. Abweichend der jahrelang gelebten Praxis innerhalb der Stadtverwaltung Wegberg fordern Sie damit die Einhaltung einer - aus unserer Sicht - nicht mehr zeitgemäßen Regelung ein.

Die Umsetzung dieser Regelung verursacht in erheblichen Umfang zusätzlichen Arbeitsaufwand innerhalb der Verwaltung. In Zeiten moderner Kommunikationsmittel erscheint diese Regelung nicht mehr effizient. Der Versand von Anträgen und Anfragen per E-Mail ist aus unserer Sicht ausreichend für die weitere Bearbeitung. Damit können Prozess- und Personalkosten innerhalb der Stadtverwaltung reduziert werden.

Die FDP-Fraktion beantragt daher, dass der Rat beschließen möge, die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern.

Freundliche Grüße,

Christoph Böhm
Fraktionsvorsitzender